

Wachstum als Schicksal?

Anmerkungen zum Vortrag „Nutzen, Grenzen und Zwänge des Wachstums“ von Hans Christoph Binswanger am 27.6.2011 vor der Enquete-Kommission Wachstum-Wohlstand-Lebensqualität

Die Grundthese

Die These von Hans Christoph Binswanger, unsere Wirtschaft unterliege nicht nur einem Wachstumsdrang, sondern einem Wachstumszwang, hätte – so sie denn zutreffen würde – weitreichende Konsequenzen. Ein „Drang“ lässt zumindest noch Möglichkeiten offen, ihn abzumildern oder durch geeignete Maßnahmen ganz zu beseitigen. Ein Wachstumszwang hat dagegen den Charakter eines „Sachzwangs“, dem man nicht ausweichen und dem man sich nur beugen kann. Für die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hätte ein derartiger Wachstumszwang erhebliche Konsequenzen. Konzepte von Stagnation, Degrowth, Suffizienz, somit alle wachstumskritischen Alternativen, müssten aus dem Spektrum politischer Handlungsalternativen gestrichen werden. Eine zukünftig absehbar nicht mehr wachsende, höchstwahrscheinlich sogar schrumpfende Wirtschaft allein als Folge des Bevölkerungsrückgangs würde zur akuten Bedrohung.

H.C. Binswanger begründet den Wachstumszwang im Kern damit, dass unsere gesamte Wirtschaftsweise auf Krediten im Sinne des Geldvorschusses beruht. Ohne Aussicht auf einen Gewinn, der mindestens das Risiko des Verlustes abdeckt, würde kein Kapital für Investitionen zur Verfügung gestellt. In der Konsequenz müsse die Summe aller Gewinne permanent größer sein als die Summe aller Verluste, ein Vorgang, der eine anhaltende Ausweitung des Wirtschaftskreislaufs, mithin eine unaufhaltsame „Wachstumsspirale“ nach sich ziehe.¹ Auf modelltheoretischer Grundlage hat er eine notwendige minimale Wachstumsrate ermittelt.

Kritik des Modells

Als Ergebnis der Modellrechnung wird ein minimaler Wachstumswert bis auf eine Stelle nach dem Komma ausgewiesen: 1,8 Prozent pro Jahr soll danach der Wachstumswert sein, der wenigstens erzielt werden muss, damit das wirtschaftliche System nicht in die Krise gerät. Wir ständen demnach vor der Alternative: entweder dauerhaftes Wachstum von mindestens 1,8 Prozent oder dauerhafte Schrumpfung von X-Prozent mit unabsehbaren Krisenfolgen. Dazwischen ist kein Entwicklungspfad möglich.²

Widmet man sich zunächst den Konstruktionsbedingungen des Modells, kommen jedoch schnell erhebliche Zweifel am Ergebnis auf: Das „vereinfachte Modell“ basiert auf über 20 Annahmen, darunter „extremen“ wie „radikalen Vereinfachungen“ (u.a. geschlossene Volkswirtschaft, nur drei Sektoren, alle Unternehmen und Banken sind Aktiengesellschaften).

¹ Vgl. Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg, insbes. S. 305-311.

² Vgl. Binswanger 2006, S. 308.

ten, produziert wird ausschließlich in Unternehmungen, Unternehmungen benötigen keine dauerhaften Produktionsgüter etc.).³

Annahmen und Vereinfachungen gehören natürlich zum Wesen eines Modells. Allerdings muss man sich auch der Grenzen solcher Modellergebnisse bewusst sein, insbesondere dann, wenn es auf derart umfassenden Annahmen und Vereinfachungen beruht. Andere Modelle mit anderen Annahmen kämen zu anderen Ergebnissen. Grundsätzlich bleibt offen, inwieweit hier reale Prozesse abgebildet werden und welche Bedeutung das Ergebnis für die Realität hat.

Zudem weist H.C. Binswanger selbst ausdrücklich darauf hin, dass die errechnete minimale Wachstumsrate von 1,8 Prozent für unsere Wirtschaft auf absehbare Zeit weitgehend irrelevant ist.

Wachstumszwang ohne Bedeutung – und das auf lange Sicht

Die errechneten 1,8 Prozent beschreibt nicht die Anforderung an das Wachstum einzelner Länder, sondern die minimale reale Wachstumsrate der gesamten Weltwirtschaft. Danach würde sogar ein dauerhaftes Nullwachstum oder sogar Schrumpfung in industrialisierten Ländern möglich sein, solange andere Länder mit ausreichend hohen Raten wachsen, und so sich insgesamt ein durchschnittliches Wachstum oberhalb besagten 1,8 Prozents einstellt. Solange also das Wachstum der Weltwirtschaft wie derzeit vor allem durch das hohe Wachstum in BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) bei 4-5 Prozent liegt, kommt der diagnostizierte Wachstumszwang gar nicht zum Tragen.⁴ Selbst wenn die These vom Wachstumszwang stimmen würde, würden Konzepte von Degrowth und Suffizienz in industrialisierten Ländern nicht bereits an einem endogenen Wachstumszwang und drohenden wirtschaftlichen Krisen scheitern.

Wachstumszwang unhistorisch

Jenseits der Frage nach der gegenwärtigen Bedeutung eines Wachstumszwangs ist aber zu fragen, ob ein solcher Zwang grundsätzlich plausibel begründet ist, so dass er in Zukunft einmal relevant werden könnte. Dies würde nichts anderes bedeuten, als dass die realwirtschaftlichen Gegebenheiten (Bedürfnis-, Nachfrage-, Nettoinvestitionsentwicklung) kein Wachstum mehr erfordern, es also keinen Wachstumsdrang mehr gibt, die Wirtschaft aber auch ohne reale Notwendigkeit dennoch zum Wachstum gezwungen würde. In dem Fall würde gewissermaßen eine klassische Zweck-Mittel-Verkehrung stattfinden: Wachstum als Mittel zur Bedürfnis- und Nachfragebefriedigung würde zum Selbstzweck – Wachstum des Wachstums wegen!

Hier zeigt sich das grundsätzliche Problem der Debatte um einen Wachstumszwang: Ein solcher Zwang entsteht nur dann, wenn das gegenwärtigen Geld- und Kreditsystems festgeschrieben wird. Dieses hat sich aber über mehrere Jahrtausende im Kontext der Entwicklung der Realwirtschaft evolutionär entwickelt. Es ist also nicht „am grünen Tisch“ erdacht und dann „in Stein gemeißelt“ worden, sondern unterliegt permanenten Veränderungen. Mit Blick auf den Goldstandard aus der Mitte des 19. Jahrhunderts hätte man beispielsweise mit guten Argumenten einen „Stagnationszwang“ ableiten können. Als

³ Vgl. Binswanger 2006, S. 328-332.

⁴ Vgl. Binswanger 2006, S. 371.

sich der Goldstandard jedoch knapp ein Jahrhundert später als Barriere der realen Entwicklung erwies, wurde er sukzessive abgeschafft. Gegenwärtig erleben wir im Kontext der Eurokrise neue Veränderungen unseres Geld- und Kreditsystems. Vor diesem Hintergrund ist eine Verabsolutierung der gegenwärtigen Geldverfassung unhistorisch und übersieht den laufenden historischen Wandel. Nur die gedankliche Festschreibung der *gegenwärtigen* Geldverfassung ermöglicht die Ableitung eines *zukünftigen* Wachstumszwangs.

Exkurs: Fließzwang für Flüsse?

Die Problematik, die der Diagnose eines Wachstumszwangs der wirtschaftlichen Entwicklung zugrundeliegt, lässt sich mit der Unterstellung eines „Fließzwangs für Flüsse“ verdeutlichen. Richtig ist, dass Flüsse sich dadurch auszeichnen, dass sie fließen. Man könnte nun aufgrund dieser Beobachtung versuchen, eine minimale Fließgeschwindigkeit für Flüsse zu errechnen, damit ein Gewässer noch als Fluss gelten kann. Evtl. kommt man zu dem Ergebnis, dass ein Gewässer mit mindestens 1,8 Metern pro Minute fließen muss, damit es noch als Fluss gelten kann. In Analogie zum Wachstumszwang könnte man hieraus einen „Fließzwang für Flüsse“ ableiten. Was aber würde aus dem diagnostizierten „Fließzwang“, wenn der Fluss aufgrund topographischer Veränderungen langsamer als 1,8 Meter pro Minute fließt oder sogar ganz zum Stehen kommt? Er würde dann lediglich seine Zustandsform ändern und zu einem stehenden Gewässer werden, die Substanz, das Wasser, bliebe jedoch erhalten.

Sollten in Zukunft die Antriebskräfte für wirtschaftliches Wachstum erlahmen und fortfallen, sich gewissermaßen die „Topographie“ der wirtschaftlichen Entwicklung verändern – etwa aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und/oder weil die Menschen sich für mehr Suffizienz entscheiden –, würde auch die Wirtschaft inklusive des Geldsystems ihre Gestalt in Folge eines geringen oder ausbleibendem Wachstum erneut ändern und sich den neuen Gegebenheiten – wie bereits in der Vergangenheit – anpassen (müssen). Ein Wachstumszwang ist nur dann zu konstruieren, wenn man von einer Evolution der Antriebe der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeht, eine korrespondierende evolutive Anpassung und Veränderung von Wirtschaftssystem und Geldverfassung aber ausschließt.

Sobald man die Möglichkeit derartiger Reformen in Betracht zieht, wie es übrigens auch H.C. Binswanger tut, kann man sinnvollerweise eigentlich nicht mehr vom „Wachstumszwang“ sprechen. In der „Wachstumsspirale“ hatte der Autor diesbezüglich bereits festgehalten: „Sollten sich aber die Gefährdungen bzw. die Hindernisse des Wachstums verstärken, würden auch die Gefahren bzw. die Schäden, die mit dem Wachstum verbunden sind, größere Beachtung finden. Dann könnte es sich aufdrängen, Wege zu suchen, wie in geordneter Weise, d.h. ohne Inkaufnahme von Krisen, möglichst unter Aufrechterhaltung der Arbeitsleistung und der Effizienz des Marktes, der Spirallauf der Wirtschaft wieder allmählich in einem Kreislauf zurückgeführt werden kann.“⁵ Zwischenzeitlich hat H.C. Binswanger konkrete Vorschläge gemacht: „Vollgeld“, „Schwundgeld“ und vor allem ein „Grundeinkommen“ in der Variante von Götz Werner sieht er als mögliche Reformstrategien.⁶ Ob diese allerdings geeignete Reformen darstellen, ist bislang nicht einmal ansatzweise diskutiert.

⁵ Binswanger 2006, S. 375.

⁶ Vgl. Binswanger, Hans Christoph (2008): Wachstumszwang und Nachhaltigkeit – die Feststellung des Konflikts als Voraussetzung seiner Lösung. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg am 12. November 2008, S. 12f.

In Zukunft Stagnation – Keynes' evolutionäres Wirtschaftsverständnis

Kein geringerer als der englische Ökonom John Maynard Keynes hatte genau diese Problematik, also die langfristige Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung und die Konsequenzen für das Geld- und Zinssystem, bereits in der 1930er Jahren diskutiert. Durch sein ganzes Werk zieht sich die Überzeugung, dass das Wachstum der Wirtschaft kein dauerhafter Zustand ist, sondern lediglich eine Übergangsphase darstellt. Langfristig sah er die wirtschaftliche Entwicklung in einen stagnativen Zustand, eine quantitative Konstanz der Wirtschaftsleistung übergehen. Dies korrespondierte für ihn notwendigerweise mit dem „Tod des Rentiers“, also mit einem auf Null sinkenden Zinssatz:

„(...) ein richtig geleitetes, mit modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstetes Gemeinwesen, dessen Bevölkerung nicht sehr rasch zunimmt, sollte in der Lage sein, innerhalb einer einzigen Generation die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (d.h. die realwirtschaftliche Rendite, N.R.) im Gleichgewicht auf ungefähr Null herunter zu bringen; so daß wir die Zustände eines quasi-statischen Gemeinwesens erreicht haben würden (...). Wenn ich recht habe mit meiner Annahme, (...) mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden. (...)

Obschon dieser Zustand (einer weitgehend gewinn- und wachstumslosen Wirtschaft, N.R.) nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentiers bedeuten, und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht der Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.“⁷

Im „Tod des Rentiers“ – also in einem Zinssatz von oder nahe Null – sah Keynes kein grundsätzliches Problem, das unweigerlich zur Krise führen würde. Seiner Einschätzung nach würde dann die Investitionstätigkeit vom Volumen her so weit abgenommen haben, dass notwendige Investitionen fast allein aus den Abschreibungen finanziert werden könnten.⁸ Einen Wachstumszwang sah er nicht.⁹

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass H.C. Binswanger das große Verdienst zukommt, auf ein grundsätzliches Problem unserer momentanen Wirtschafts- und Geldverfassung hingewiesen zu haben. Statt intellektuelle Energie in die Frage von „Wachstumswängen“ zu stecken, sollte aber die Frage im Vordergrund stehen, wie unser Wirtschafts- und Geldsystem so umgebaut und reformiert werden kann, dass der ökologische Umbau und der notwendige Ausbau sozialer Dienstleistungen vorankommt.

⁷ Keynes, John Maynard (1983): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), 6. Aufl., Berlin, S. 184f und S. 317.

⁸ Vgl. Keynes, John Maynard (2007): „Das Langfristproblem der Vollbeschäftigung“ (1943), in: Reuter, Norbert: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, 2. Aufl., Marburg, S. 162.

⁹ Grundsätzlich sah Keynes aber auch den von H.C. Binswanger erwähnten Schwundgeld-Ansatz von Silvio Gesell als „gesund“ an, wenngleich er betonte, dass viele Schwierigkeiten bestünden, „auf die Gesell nicht gefaßt war.“ Keynes 1983, S. 302.